

de



Europäische Union
Regionalpolitik

info regio

panorama

8

Dezember 2002

Interview

Frank Gaskell,
Präsident von
Euromontana

Zusammenarbeit

„Die Nordwestregionen
Europas“

Im Klartext

Der neue
„Solidaritätsfonds der
Europäischen Union“

Entdeckungsreise durch
ein Bewerberland

Slowenien

Porträt einer Region

Das Burgenland

In Aktion

Andalusien gegen die
Ungleichheit in der
Informationsgesellschaft



Solidarität und Zusammenhalt



Bitte beschreiben Sie kurz die Rolle von Euromontana! Sind ihre Aktionen im Wesentlichen technischer Natur, oder verfolgen sie auch „politische“ Ziele?

Euromontana ist ein europäischer Verein, der die Zusammenarbeit der Gebirgsregionen voranbringen will. Unser Statut definiert unsere Aktivitäten wie folgt: „Vertretung der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und umweltbezogenen Interessen der Gebirgsbewohner“. Das ist zugleich eine treffende Beschreibung unserer Aktivitäten. Unserem Netzwerk gehören regional bzw. landesweit tätige Organisationen aus Berggebieten aus ganz Europa an: Vereine, berufsständische Organisationen, Agenturen der Wirtschafts- und Landwirtschaftsförderung, der ländlichen Entwicklung und des Umweltschutzes, Forschungsinstitute usw. Das ist unsere Stärke: Weil wir so viele Sektoren zusammenbringen, können wir besonders

dynamisch und flexibel auf die Herausforderungen reagieren, mit denen sich die Gebirgswelt auseinandersetzen muss. Diese Vielfalt wirkt sich aber auch bestärkend auf die Art und Weise aus, in der wir das Ziel der nachhaltigen Entwicklung verfolgen.

Man könnte sagen, unser unausgesprochenes Motto sei „Mehr Taten, weniger Worte!“, jedenfalls sind wir stolz auf unsere technische und operationelle Leistungsfähigkeit. Dennoch lassen wir uns keine Gelegenheit entgehen, die Probleme zu schildern, mit denen die Berggemeinschaften fertig werden müssen, oder umgekehrt ihre unschätzbaren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenziale ins rechte Licht zu rücken. Insofern sind wir natürlich auch politisch aktiv; das ist völlig unvermeidlich. Unsere technische Rolle ist nicht zuletzt deswegen wichtig, weil sie greifbare Ergebnisse vorweisen kann und somit unsere politischen Funktionen stärkt.

Wie lautet die Kernbotschaft von Euromontana? Und wie klingt das Echo aus den Mitgliedstaaten und Europa?

Unsere Botschaft ist sehr einfach: Die Gebirgsregionen Europas gehören zu unseren letzten Reserven an Vielfalt – nicht nur die Vielfalt der natürlichen Arten, sondern auch die Vielfalt der Kulturen, der Handwerkstraditionen und der regionaltypischen Produkte. Im Zeitalter von Globalisierung und Standardisierung stellen die Berggemeinschaften trotz ihrer schwierigen Situation eine wertvolle

ökonomische und gesellschaftliche Ressource für Europa dar. Es wäre nicht nur moralisch falsch, sondern auch ökonomisch unverantwortlich, die Gebirgsregionen links liegen zu lassen.

Heute kann man sagen, dass diese Argumente sowohl die Problemsicht der Mitgliedstaaten als auch die Strategien der europäischen Institutionen zugunsten der Gebirgsregionen verändert haben. Im Zweiten Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt werden die Gebirgsgebiete – genau wie die Inseln und die äußerst dünn besiedelten Regionen – zu einer der regionalpolitischen Prioritäten der Union erklärt. Das ist zwar ein ermutigender Erfolg, aber die aktuelle Situation ist kritisch, denn wir stehen vor der Osterweiterung und – im Zusammenhang damit, vor dem Zeithorizont 2006 – vor Reformen der europäischen Regionalpolitik und der Gemeinsamen Agrarpolitik. In dieser Situation dürfen wir nicht müde werden, unserer Botschaft immer erneut Gehör zu verschaffen.

Worin bestehen die spezifischen Merkmale der europäischen Gebirgsregionen?

Ohne die beträchtlichen Unterschiede in puncto Wohlstand zwischen ihnen in Abrede stellen zu wollen, muss man hervorheben, dass sie ausnahmslos unter dauerhaften und naturbedingten Benachteiligungen leiden, wie z. B. der Zersiedlung, Problemen hinsichtlich Erreichbarkeit und Kommunikation, schwierigen Bedingungen für die Landwirtschaft usw. Dazu kommen

Übersicht

Verantwortlicher Herausgeber: Thierry Daman, EK, GD Regionalpolitik

Diese Zeitschrift ist auf der Website http://europa.eu.int/comm/regional_policy/index_de.htm in den elf Amtssprachen der Europäischen Union verfügbar. In gedruckter Form liegt sie in fünf Sprachen (DE, EN, ES, FR, IT) auf Recyclingpapier vor. Der Wortlaut dieser Veröffentlichung ist rechtlich nicht bindend.

Texte: Sophia Desillas, Pierre Ergo, Elisabeth Helming, Jean-Luc Janot, Jean Lemaître, Eamon O'Hara/AEIDL.

Fotos (Seiten): Euromontana (1), Michel Maigre (7), TZE Eisenstadt GmbH (11), Nationalpark Donau-Auen (12), Guadalinfo (14).

Umschlaggestaltung: CEDER Serrania de Ronda

4



Interreg III B
„Nordwestregionen Europas“

6



Veranstaltungen

nicht selten weitere Strukturprobleme, wie etwa Bevölkerungsrückgang oder Schwierigkeiten beim Zugang zu höheren Bildungsangeboten. Auf der anderen Seite dürfen wir die starken Seiten und großen Qualitäten der Bergregionen nicht vergessen: reiche Umweltressourcen und einzigartige lokaltypische Produkte, vor allem aber eine zähe und ideenreiche Bevölkerung.

Welche Bedeutung hat die europäische Dimension für die Entwicklung der Gebirgsregionen?

Es wäre unfair gegenüber den Mitgliedstaaten, wenn man behaupten wollte, die europäische Dimension sei Anfang und Ende aller guten Dinge; dennoch ist es so, dass sich in den meisten europäischen Ländern nur eine Minderheit für die Probleme der Gebirgsregionen interessiert. Daher ist es zur Erreichung wirklicher territorialer Kohäsion unerlässlich, die einzelnen Akteure der Gebirgswelt auf der europäischen Ebene zusammenzubringen und zu koordinieren. Die Existenz einer klaren europäischen Gebirgsstrategie wird sich spätestens dann als hilfreich erweisen, wenn es darum geht, die Mitgliedstaaten auf Probleme aufmerksam zu machen, die sonst leicht in Vergessenheit geraten könnten.

Gibt es einzelstaatliche Maßnahmen zugunsten der Gebirgsregionen, die Sie als „beispielhaft“ bezeichnen würden? Könnten sie auf die europäische Ebene übertragen werden?

Es wäre ein Irrtum zu glauben, einzelne politische Maßnahmen, die von einem Mitgliedstaat entwickelt wurden und auf seine spezifischen Bedingungen zugeschnitten sind, könnten in ganz Europa erfolgreich flächendeckend zum Einsatz kommen. Indes glauben wir bei Euromontana, dass es Sinn macht, allgemeine Ansätze zu übertragen, die auf lokaler Ebene entwickelt wurden. Austausch dieser Art ist am ergiebigsten, wenn er sich mit zentralen strategischen Fragen und solchen Aspekten beschäftigt, die für die „komparativen Vorteile“ der Gebirgsregionen ausschlaggebend sind.

So können die Wege, die von manchen Gebirgsregionen mit Erfolg zur Entwicklung von Qualitätsprodukten beschritten wurden, andere Gebirgsregionen zu strategisch wichtigen Einsichten inspirieren. Kommissar Fischler hat in der Halbzeitbewertung der Gemeinsamen Agrarpolitik hervorgehoben, dass sich im Bereich Qualitätslebensmittel Chancen bieten, die nicht verpasst werden dürfen; wir sind fest überzeugt, dass die Bergregionen alle Voraussetzungen dafür mitbringen. Daher ist es jetzt nötig zu ermitteln, welche einschlägigen Erfahrungen sich für Transferprozesse zwischen Gebirgsregionen anbieten. Euromontana versucht, als Katalysator auf die europäischen Austauschvorhaben in diversen strategischen Sektoren einzuwirken. Wir stehen kurz vor dem Start eines groß angelegten Projekts, das die Fragen beantworten soll, die die europäischen Regionen sich hinsichtlich der Entwicklung von Qualitätsprodukten stellen.

Wie stellt man sich bei Euromontana die Zukunft der europäischen Regionalpolitik vor?

Wir sind optimistisch, denn wir zweifeln nicht daran, dass Europa die Stichhaltigkeit unserer Argumente anerkennen wird. Sowohl das Gleichheitsprinzip als auch das ökonomische Interesse machen die Forderung nach einer regionalen Entwicklungspolitik unabweisbar, die die gebietsbezogene Kohäsion nicht weniger ernst nimmt als die ökonomische und soziale Kohäsion. Das muss bei der Reform der Regionalpolitik im Jahr 2006 als Ergebnis herauskommen. Der immer deutlichere Trend zur Polarisierung der wirtschaftlichen Aktivitäten kann der Aufmerksamkeit der politisch Verantwortlichen nicht länger entgehen. Die europäischen Berggemeinschaften werden leben! Die neu dazukommenden Gebirgsregionen Osteuropas werden dem Reichtum unserer einzigartigen Kulturen, Fertigkeiten und Produkte neue Facetten hinzufügen, und die Wahrung der Zukunftschancen unserer Gebirgsregionen wird ganz Europa zugute kommen.

Eine Stimme für die europäische Bergwelt

Im Jahr 1974 bildete der Verband der europäischen Landwirtschaft (CEA) eine ständige Arbeitsgruppe für „sozioökonomische Fragen in Bergregionen“. Die Gruppe wurde Euromontana getauft; ihr gehörten Vertreter der Landwirtschaft aus den Alpen- und Pyrenäenländern an. Alle zwei Jahre wurde eine Fachtagung organisiert.

Im Jahr 1994 beschloss Euromontana, die Beziehungen zu den Ländern Mittel- und Osteuropas zu erneuern und gleichzeitig Vertreter von nichtlandwirtschaftlichen Sektoren zu integrieren, besonders aus Bereichen wie ländliche Entwicklung, Umwelt usw.

Im Jahr darauf fand in Krakau (Polen) die erste Euromontana-Konferenz in einem mitteleuropäischen Land statt; ihr Erfolg motivierte Euromontana zu dem Entschluss, sich eine eigenständige Rechtsform zu geben. Am 4. März 1996 riefen Vertreter aus 14 europäischen Regionen oder Ländern [Albanien, Baskenland (E), Bulgarien, Frankreich, Griechenland, Italien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Polen, Rumänien, Schottland, Slowakei, Slowenien, Schweiz, Tschechische Republik] in Rom den Verein Euromontana ins Leben.

Heute gehören 36 Organisationen der verschiedensten Arten aus 15 europäischen Ländern zu Euromontana. (Portugal und einige Regionen haben den Status von Gründungsmitgliedern erworben.)

Ansprechpartner:

Euromontana
Rue Philippe le Bon 46
B-1000 Brüssel
Tel. (32-2) 280 42 83
Fax (32-2) 280 42 85



E-Mail: euromontana@skynet.be
Internet: <http://www.euromontana.org/default.htm>

8



Slowenien – Eine Erfolgsgeschichte: Fragen an Tea Petrin, Wirtschaftsministerin der Republik Slowenien

10



Das Burgenland: Tor zu Osteuropa

12



Der neue Solidaritätsfonds der Europäischen Union

14



Andalusien gegen die Ungleichheit in der Informationsgesellschaft

Interreg III B „Nordwestregionen Europas“

Transnationale Zusammenarbeit – ein facettenreiches Bild

Mit einem Gesamtbudget von 650 Mio. EUR (von denen 330 Mio. aus dem EFRE-Haushalt kommen) kann das Programm Nordwesteuropa [„Europe du Nord-Ouest/ENO“ (2000-2006)] eine große Perspektive eröffnen.

Der Kooperationsraum ENO reicht von Schottland bis zur Schweiz. Er wird von rund 171 Millionen Menschen bewohnt, d. i. fast die Hälfte der Bevölkerung der Europäischen Union. Als das am weitesten bestend ausgestattete unter den transnationalen Interreg-III-B-Programmen bietet es den betroffenen Städten und Regionen eine einzigartige Gelegenheit, ihren Horizont zu erweitern und an dem erstaunlichen Reichtum der transnationalen Zusammenarbeit teilzuhaben.

Obwohl sich der Nordwesten Europas insgesamt seit langem hoher wirtschaftlicher Prosperität erfreuen kann, leiden etliche Städte und ländliche Gebiete immer noch unter den negativen und zerstörerischen Folgen des Rückgangs der Industrie, aber auch unter der übermäßigen Konzentration bestimmter Aktivitäten in den Metropolen. Interregionale Ungleichgewichte, Überlastung der wichtigsten Kommunikationswege, Gefährdung der Naturräume, städtische Wohnviertel in der Krise, verheerende Überschwemmungen – all das sind Probleme, die immer aufs Neue Störungen in diesem Regionalensemble im dynamischsten Gebiet der Union auslösen.

Angesichts dieser Tatsachen will das Programm ENO die Stärken des Kooperationsraums aufwerten (erstklassige Straßen-, Bahn- und Luftverkehrsnetze; hoch qualifizierte Arbeitskräfte; leistungsfähige, innovationsfreudige Wirtschaft usw.) und gleichzeitig die oben erwähnten negativen Effekte anpacken.

Raumordnungskonzepte für nachhaltige und ausgewogene Entwicklung

Das Programm ENO soll die Städte und Regionen zu Kooperationsprojekten

anregen, um gemeinsam Antworten auf solche gemeinsamen Probleme zu suchen, die ihrer Natur nach nur auf transnationaler Ebene gelöst werden können. Die am Programm beteiligten Mitgliedstaaten und Regionen haben sich auf fünf Prioritäten geeinigt:

- **1. Priorität: ein attraktives und kohärentes System aus urbanen Zentren und Regionen.** Verbesserung der Balance zwischen den großen Metropolen und den mittleren Städten sowie zwischen den städtischen und

ländlichen Gebieten. Steuerung des städtischen Wachstums. Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung. Rehabilitation der Industriebrachen.

- **2. Priorität: Verbindungswege innen und außen.** Verbesserung der Verbindungen zwischen Nordwesteuropa und dem Rest der Welt unter Einsatz alternativer Verkehrskonzepte (Intermodalität des See-, Schienen- und Luftverkehrs) und nachhaltiger Mobilitätsstrategien. Dazu kommt ein weiteres Ziel: besserer



Zugang zur Informationsgesellschaft. Es soll mittels Sensibilisierungsmaßnahmen und Werbeaktionen für fortgeschrittene Informations- und Kommunikationstechnologien erreicht werden, die teils auf die breite Öffentlichkeit, teils auf Unternehmen zugeschnitten sind.

• **3. Priorität: Management der Wasserhaushalte und Verhütung von Überschwemmungsschäden.**

Verbesserung der integrierten und nachhaltigen Bewirtschaftung der Wasserhaushalte und -reserven. Verhütung und Reduzierung von überschwemmungsbedingten Schäden in Fluss- und Küstengebieten.

• **4. Priorität: Sonstige natürliche Ressourcen und kulturelles Erbe.**

Reduzierung der Umweltbelastungen, die sich aus der menschlichen Aktivität ergeben: Verbindung von Grünräumen, Anlage von Naturschutzkorridoren usw. Senkung des städtischen Flächenverbrauchs. Schutz und Aufwertung von Umwelt und Kulturerbe. Erarbeitung und Erprobung von Strategien für die integrierte ländliche Entwicklung der Küstengebiete, Naturschutzräume, gefährdeten Gebiete und Regionen mit besonders hoher Artenvielfalt.

- **5. Priorität: Territoriale Integration in den Küstengebieten des Kooperationsraums.** Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Häfen des Raums ENO, Förderung der Nutzung der kurzen Seewege zwischen den Regionen. Erleichterung der Zusammenarbeit zwischen Küstengebieten und Binnenland. Schutz der Fischbestände und Verhütung von Verseuchungen der Meere durch menschliche Aktivität.

Als Verwaltungsbehörde des Programms „Nordwestregionen Europas“ fungiert die Region Nord-Pas-de-Calais (Frankreich); sie wird von einem in Lille angesiedelten gemeinsamen technischen Sekretariat unterstützt. Weiter wurden ein gemeinsamer Begleitausschuss und eine gemeinsame Zahlstelle eingerichtet, die für Verwaltung und transnationale Durchführung des Programms zuständig sind.

Ansprechpartner:

Sekretariat Interreg III B ENO
z. Hd. Philippe Doucet,
Programmdirektor
„Les Cariatides“, 5ème étage
24, boulevard Carnot
F-59800 Lille
Tel. (33) 320 78 55 00
Fax (33) 320 55 65 95
E-Mail: nwe@nweurope.org

Der Kooperationsraum ENO

Das transnationale Kooperationsgebiet des Programms ENO umfasst die folgenden Regionen in **acht Ländern**:

- das gesamte Staatsgebiet von **Belgien, Luxemburg, dem Vereinigten Königreich und Irland**;
- **13 französische Regionen**: Nord-Pas-de-Calais, Picardie, Haute-Normandie, Île-de-France, Basse-Normandie, Centre, Champagne-Ardenne, Lorraine, Bourgogne, Alsace, Franche-Comté, Bretagne, Pays de la Loire;
- **9 niederländische Provinzen**: Overijssel, Gelderland, Flevoland, Utrecht, Noord-Holland, Zuid-Holland, Zeeland, Noord-Brabant, Limburg;
- **6 deutsche Bundesländer**: Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Baden-Württemberg, Bayern (Schwaben, Unter-, Mittel- und Oberfranken);
- **15 Schweizer Kantone**: Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau, Solothurn, Bern, Jura, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Luzern, Glarus, Zug, Zürich, Neuchâtel.

AMNO, Wegbereiter des Konzepts der „transnationalen Raumplanung“

Als Vorläufer des Programms ENO hat das Interreg-II-C-Programm AMNO den Weg für eine neue Konzeption und Verwaltung der Strukturfonds geebnet.

Die erste Generation des Programms für Nordwesteuropa lief im Jahr 1977 unter dem Namen „AMNO“ (Aire Métropolitaine du Nord-Ouest de l'Europe – Metropolgebiet Nordwesteuropa) an und hat große Erfolge erzielt. Ein schneller Blick in die Vergangenheit zeigt, „dass das Ergebnis äußerst positiv und ermutigend war“, sagt Angèle Martinez, heute Leiterin der Finanzabteilung des ENO-Sekretariats. „AMNO hat in Sachen Konzeption und Verwaltung der Strukturfonds neue Wege freigemacht und es gleichzeitig geschafft, die Hauptakteure dazu zu bringen, sich vom Prinzip der Suche nach gemeinsamen Vorteilen leiten zu lassen.“

Trotz der vielfältigen administrativen, kulturellen, rechtlichen und sprachlichen Unterschiede zwischen den sieben beteiligten Ländern hatte AMNO sich für ein seinerzeit nur in ganz wenigen Fällen praktiziertes Funktionsmodell entschieden: ein gemeinsames technisches Sekretariat sowie ein ausschließlich auf der transnationalen Ebene funktionierender Begleitausschuss.

„Die Tatsache, dass AMNO sein Haushaltsvolumen um den Faktor zehn vervielfachen konnte, ist ein guter Indikator für den Erfolg des Modells“, betont Angèle Martinez. Insgesamt hat AMNO nicht weniger als 45 Projekte kofinanziert, an denen 367 Organisationen aus den verschiedensten Bereichen teilgenommen haben.

Aber AMNO kann noch auf andere Erfolge zurückblicken. Seinerzeit hatten nur die Kooperationsräume „Nordsee“ und „Ostsee“ ein transnationales Entscheidungsverfahren gewählt; heute dagegen ist ein derartiges Verfahrensschema auch den zehn Kooperationsräumen von Interreg C verbindlich vorgeschrieben, die sich nicht spontan dafür entschieden hatten. Ein weiterer bemerkenswerter Fortschritt besteht in der originellen, flexiblen und effizienten Verwaltung der Haushaltsmittel, die es ermöglicht hat, fast den gesamten planmäßigen Etat zu verausgaben.

Veranstaltung

Die Gemeinschaftspolitik und die Berggebiete

Am 17. und 18. Oktober fand in Brüssel ein Seminar mit rund 400 Teilnehmern aus den Gebirgsregionen der Europäischen Union statt, auf dem es um die spezifischen Regionalentwicklungsprobleme der Gebirgsregionen sowie um die Frage ging, wie die Strukturfonds ihnen künftig besser gerecht werden könnten.

Wir erinnern daran, dass die Bergregionen 30 % der Oberfläche Europas ausmachen und von etwa 30 Millionen Menschen bewohnt werden.

Das gemeinsam von den Generaldirektionen Regionalpolitik und Landwirtschaft organisierte Seminar fand im Rahmen des Internationalen Jahres der Gebirge statt; insbesondere hat es eine erste Einschätzung der konkreten Auswirkungen der Gemeinschaftspolitik zugunsten der Gebirgsregionen erbracht. Drei parallele Workshops befassten sich mit den Themen Regionalpolitik und Raumplanung, Herausforderungen der Landwirtschaft in Berggebieten, Lebensqualität in Berggebieten.

In seiner abschließenden Zusammenfassung der Arbeits- und Diskussionsergebnisse dieser beiden Tage betonte der für Regionalpolitik zuständige Generaldirektor Guy Crauser, in der gegenwärtigen Phase, in der die Kommission über die Förderinstrumente für den Zeitraum nach 2006 nachdenkt, komme es besonders darauf an, die folgenden Perspektiven und Fragestellungen weiterzuverfolgen:

- bessere Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen Berggebiete;
- Verknüpfung der politischen Maßnahmen, sowohl zwischen den Politikbereichen als auch zwischen den Ebenen der Verantwortung;
- Optimierung des Einsatzes der zahlreichen vorhandenen Instrumente;
- Stärkung der Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustauschs zwischen den Regionen, besonders mittels Interreg;
- Aufwertung der Bergregionen dank ihrer endogenen Potenziale und Qualitätsprodukte.

Weitere Informationen über das Seminar können von der Website Inforegio abgerufen werden:
http://europa.eu.int/comm/regional_policy/newsroom/index_de.htm

Wallonien (Belgien)

Wenn die Schiffe das Fliegen lernen

In der belgischen Provinz Hainaut ist im vergangenen September ein ehrgeiziges Programm zur Modernisierung des Canal du Centre mit der Indienstnahme von zwei weltweit einzigartigen Bauwerken abgeschlossen worden: das Schiffshebewerk von Strépy-Thieu und die Kanalbrücke über die Sart.

Die Kapazität des Canal du Centre – Bindeglied zwischen den Wasserstraßen des Scheldebeckens, Frankreichs und dem Binnenschiffahrtssystem Sambre-Maas-Rhein – war lange Zeit durch einen Engpass begrenzt. Auf einer nur 3,5 km langen Strecke muss der Kanal einen Höhenunterschied von 88 m überwinden, um die Wasserscheide zwischen den Einzugsgebieten von Maas und Schelde zu überqueren. Um seine Kapazität auf den europäischen Tonnagestandard von 1 350 t zu erweitern, mussten zwei gewaltige Bauwerke errichtet werden, die die Ingenieure vor hochkomplexe und Zeit raubende technische Probleme stellten:

- ein gigantisches Schiffshebewerk, das eine Strecke von 7 km Länge und einen Höhenunterschied von 73,15 m überwindet und die Fahrzeit für Schiffe von 1 350 t von früher sechs auf heute zwei Stunden verkürzt. Mit einer Höhe von 105 m, einer Länge von 140 m und einer Breite von 85 m ist das Schiffshebewerk von Strépy-Thieu das weltweit größte Bauwerk dieser Art;

- eine riesenhafte Kanalbrücke von 500 m Länge, 10-20 m Tiefe und einer Tragfähigkeit von 140 000 t, die einen großen Straßenverkehrsknotenpunkt überquert. Hier scheinen die Schiffe über dem Straßenverkehr durch den Himmel zu schweben.

Die Modernisierungsarbeiten am Kanal haben 20 Jahre gedauert und um die 600 Mio. EUR gekostet. Nach Baubeginn im Jahr 1982 gerieten die Arbeiten aufgrund von Finanzierungsproblemen zeitweilig ins Stocken, bis im Jahr 1993 die Europäische Kommission im Rahmen ihres „Leitschemas der Wasserstraßen von gemeinschaftsweiter Bedeutung“ das Projekt als vorrangig einstufte und die Region Wallonien im Jahr 1996 eine gemischte öffentlich-private Gesellschaft mit der Durchführung des Projekts beauftragte. Diese Gesellschaft hat sich aus vielfältigen Quellen finanziert: öffentliche Mittel der Region, Subventionen der Europäischen Union, langfristige Kredite der Europäischen Investitionsbank, privates Kapital usw.

Die Bauarbeiten waren ingenieurtechnisch äußerst anspruchsvoll; heute sind sie abgeschlossen, und am 2. September 2002 konnte der neue Streckenabschnitt für Schiffe des europäischen Tonnagestandards in Betrieb genommen werden. Dank der Beseitigung dieses Engpasses ist eine neue Streckenverbindung für 1 350-t-Schiffe entstanden, die einerseits das Pariser Becken und die Region Nord-Pas-de-Calais (Dünkirchen und Lille) erschließt, andererseits in die Niederlande, nach Deutschland und in die osteuropäischen Länder führt. Der spektakuläre Komplex von Strépy-Thieu ist zugleich eine neue Touristenattraktion und als solche integraler Bestandteil der Strategie, die die Region Hainaut im Rahmen ihres Ziel-1-Programms verfolgt; zugleich ist seine Indienstnahme ein starkes Zukunftssignal für ein umweltfreundliches Transportmittel.

Ansprechpartner:

Région Wallonne

Ministère de l'Équipement et des Transports

Direction générale des Voies hydrauliques de Mons (D 221)

Rue Verte 11

B-7000 Mons

Tel. (32-65) 39 96 10

Internet: <http://voies-hydrauliques.wallonie.be>

(Canal du Centre:) <http://www.canal-du-centre.be>



Durch den Aufzug von Strépy-Thieu können die Schiffe einen Höhenunterschied von 88 m überwinden.

Stellen Sie Ihre Projekte auf der Website Info regio vor!

Die Website Info regio (http://europa.eu.int/comm/regional_policy/index_de.htm) enthält eine nach Ländern und Themen gegliederte Datenbank mit fast 500 Beispielen von ökonomischen oder sozialen Entwicklungsprojekten, die von den Strukturfonds oder dem Kohäsionsfonds unterstützt worden sind.

Über einen Online-Fragebogen können Informationen über interessante neue Projekte übermittelt und in die Datenbank aufgenommen werden. Machen Sie uns mit Ihren Projekten bekannt! Adresse:

http://europa.eu.int/comm/regional_policy/projects/stories/index_de.cfm



Entdeckungsreise durch ein Bewerberland

Slowenien

Eine Erfolgsgeschichte

Schon zu den Zeiten des ehemaligen Jugoslawiens konnte Slowenien eine überdurchschnittliche Wirtschaftskraft vorweisen; heute ist die Republik nicht nur das wohlhabendste unter den zehn mittel- und osteuropäischen Bewerberländern, sondern gehört auch zu den in den Beitrittsverhandlungen zur Union am weitesten fortgeschrittenen Ländern.

Das im Juni 1991 unabhängig gewordene Land – vormals eine Teilrepublik Jugoslawiens – ist mit seinen 20 254 km² eher klein. Es grenzt im Norden an Österreich, im Nordosten an Ungarn, im Südwesten an Kroatien, im Westen an Italien und das Adriatische Meer.

Slowenien ist gebirgig und dicht bewaldet; es besteht aus drei Naturräumen: das „Gorenjsko“, d. h. die Alpenregion, das „Notranjsko“ (Landesinnere) mit seinen verkarsteten Kalkebenen, sowie schließlich das „Dolenjsko“, eine von Ebenen unterbrochene Mittelgebirgsregion. Die meisten industriellen Aktivitäten und Städte – darunter auch die Hauptstadt Ljubljana mit ihren rund 350 000 Einwohnern – sind hier angesiedelt. Dank seiner 46,6 km langen Adriaküste hat Slowenien direkten Zugang zum Meer.

Rückkehr zum Wohlstand

Slowenien verfügt über vielfältige Boden- und Naturschätze (Blei, Zink, Merkur, Kohle, Erdöl, Holz) sowie über eine hoch diversifizierte Industrie. Da die slowenischen Alpen von stark befahrenen Verkehrswegen durchquert werden, die Osteuropa und die Adria miteinander verbinden, profitiert das Land von dem Handel, der aus dem Transitverkehr erwächst. Er war die Ursache für seinen „Frühstart“ in die Entwicklung und ist heute die Basis seiner relativ vorteilhaften ökonomischen Lage.

Vor der Unabhängigkeit war Slowenien die reichste unter den sechs Teilrepubliken des damaligen Jugoslawiens. Der Verlust der jugoslawischen Märkte und der lange Krieg in Bosnien und Herzegowina haben für die slowenische Wirtschaft verheerende Folgen gezeitigt. Seither haben die Behörden Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft ergriffen, marktwirtschaftliche Reformen durchgeführt, das Bankensystem neu strukturiert und die Privatisierung der Staatsbetriebe vorangetrieben; dieser

letztgenannte Prozess ist noch nicht abgeschlossen.

Die gute Infrastruktur und das hohe Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte haben den Wiederaufbau des Landes erleichtert. Zwischen 1994 und 1999 belief sich das slowenische Wirtschaftswachstum jährlich auf durchschnittlich 4,2 %, während gleichzeitig die Arbeitslosenquote um die Hälfte zurückging (7,3 % im Jahre 1999). Die Inflation (200 % im Jahr 1992) ist unter Kontrolle gebracht, selbst wenn sie mit 7,9 % im Jahr 2000 immer noch relativ hoch ist. Im Jahr 2001 erreichte das BIP pro Kopf 69 % des Durchschnitts der Fünfzehner-Gemeinschaft, so dass Slowenien hinsichtlich des Lebensstandards zwischen Griechenland und Portugal angesiedelt ist.

56 % des slowenischen BIP werden in der Industrie erwirtschaftet, deren wichtigste Branchen Elektronik, Elektromaschinenbau, Metallverwertung und -veredelung, Haushaltselektronik und Automobilbau sind. Das Land exportiert Rohstoffe, Halbfertigprodukte, Maschinen, Elektromotoren, Lebensmittel, Bekleidungsartikel, Pharma- und Kosmetikprodukte. 70 % der slowenischen Exporte gehen in die Europäische Union. Auch der Tourismus ist eine Einnahmequelle von stetig wachsender Bedeutung.

Beitritt

Seit seiner internationalen diplomatischen Anerkennung im Jahr 1992 ist Slowenien vielen internationalen Organisationen beigetreten. Die Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Union begannen im März 1998.

Für den Zeitraum 2000-2006 kann Slowenien außer den Phare-Beihilfen weitere Unterstützung aus den Programmen ISPA und Sapard in Anspruch nehmen. Während ISPA Infrastrukturprojekte in den Bereichen

Verkehr und Umwelt bezuschusst, leistet Sapard finanzielle Hilfen für beitragsvorbereitende Maßnahmen in Landwirtschaft und ländlicher Entwicklung. In den Jahren 2000-2006 verteilt sich das Volumen der jährlich für Slowenien bereitstehenden Hilfen wie folgt: Phare mit 6,5 Mio. EUR (im Jahr 2001 um weitere 3,3 Mio. aufgestockt); Sapard mit 6,6 Mio. EUR; schließlich ISPA mit Beträgen zwischen 10,8 und 21,7 Mio. EUR.

Darüber hinaus kann Slowenien Eigenmittel einsetzen, um sich an Gemeinschaftsprogrammen wie den Rahmenprogrammen für Forschung und technologische Entwicklung oder an Programmen in den Bereichen Bildung oder Unternehmensförderung zu beteiligen. Außerdem kann Slowenien Finanzmittel in Anspruch nehmen, die für die direkt mit dem EU-Besitzstand verknüpften multinationalen und horizontalen Programme bereitgestellt wurden.

Ansprechpartner:

Ministerium für Wirtschaft

Kotnikova 5

SLO-1000 Ljubljana

Tel. (386-1) 478 36 21

Fax (386-1) 478 35 22

Internet: www2.gov.si/mg/mgslo.nsf

Fläche

20 273 km²

Bevölkerung (2000)

1 982 600 Einw.

Bevölkerungsdichte: 98 Einw./km²
(EU-15: 115 Einw./km²)

Wirtschaft und Beschäftigung

BIP pro Kopf (2001):

16 000 EUR (EU-15: 23 200 EUR)

Index BIP pro Kopf/KKS (2001):

69 (EU-15: 100)

Arbeitslosenquote (2001):

5,7 % (EU-15: 7,4 %)

Fragen an die slowenische Wirtschaftsministerin Frau Dr. Tea Petrin



Wie erklären Sie den traditionell guten Erfolg der slowenischen Wirtschaft?

In den letzten zehn Jahren hat die Wirtschaft Sloweniens nicht nur einen tiefgreifenden

Strukturwandel durchgemacht, sondern auch lernen müssen, sich in einer von scharfer Konkurrenz gekennzeichneten Umwelt zu behaupten. Dass die slowenischen Unternehmen diese Anpassungsprozesse relativ erfolgreich bewältigt und es außerdem geschafft haben, ihre neuen Chancen wahrzunehmen, liegt auch an einer ganzen Reihe von günstigen Voraussetzungen: stabiles makroökonomisches Umfeld, ausgeglichene und unternehmensfreundliche Steuerpolitik, gut ausgebildete Arbeitskräfte, beschleunigter Ausbau der Hochschulen, eine sehr günstige geografische Lage mit guten Verkehrsverbindungen, eine moderne Grundausstattung an Informationstechnologien, gut entwickelte öffentliche Forschungskapazitäten, ein leistungsfähiges Gesundheitssystem und ein gut ausgebautes System der sozialen Sicherung.

Worin bestehen die wichtigsten sozioökonomischen Herausforderungen, mit denen Slowenien fertig werden muss? Wie schlägt sich das in der slowenischen Regionalpolitik nieder?

Slowenien hat den Ehrgeiz, auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu werden; daher werden wir unsere Anstrengungen auf Qualität, Innovation und die Entwicklung unternehmerischen Denkens konzentrieren, um Produkte und Dienstleistungen mit hoher Wertschöpfung anbieten zu können. Für uns geht es darum, ein hohes Wirtschaftswachstum sicherzustellen, um Slowenien zu einem prosperierenden Land mit hoher Lebensqualität und einem stabilen sozialen Sicherungssystem zu machen.

Um dieses langfristige Ziel zu erreichen, sind unsere wirtschaftspolitischen Einzelziele auf die Entwicklung der Humanressourcen und der sozialen Kohäsion, verbesserte Infrastruktur und Dienstleistungen, eine ausgewogene Regionalentwicklung sowie den erfolgreichen Abschluss unserer Beitrittsbemühungen zur Europäischen Union ausgerichtet. Wir sehen diesen Beitritt nicht nur als Bestandteil eines regionalen Integrationsprozesses an, sondern auch als einen wichtigen Schritt im Prozess der Globalisierung.

Zu diesem Zweck verfolgen wir drei strategische Grundorientierungen: Im Vordergrund steht die

Steigerung der Flexibilität und Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft, um Entwicklungschancen nutzen zu können und gleichzeitig die Risiken zu begrenzen, die sich für die slowenische Wirtschaft aus Öffnung und Weltmarktintegration ergeben. Zweitens unterstützen wir die Bemühungen unserer Unternehmen, sich durch Vertiefung ihrer Spezialisierung, strategische Partnerschaften und die Aneignung neuer Wissensbestände auf die Wettbewerbsbedingungen auf einem sehr viel größeren Markt vorzubereiten. Drittens wollen wir die sozialen Risiken der Globalisierung abfedern und unseren Teil der Verantwortung für eine nachhaltige globale Entwicklung übernehmen.

In diesem Zusammenhang bemüht sich die Regionalpolitik Sloweniens darum, die wirtschaftliche Lebenskraft aller Regionen zu stärken. Sie fußt auf den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung: Aufwertung des Potenzials der Regionen unter Bewahrung und Achtung der Ressourcen und Entwicklungsmöglichkeiten der künftigen Generationen. Unsere Politik zielt darauf ab, institutionelle Hilfen für Einzelne, Gemeinden und Regionen zu entwickeln, um sie zur schnellen und erfolgreichen Wahrnehmung neuer Chancen zu befähigen.

Um die ökonomischen Ungleichheiten zwischen den Regionen zu verringern, verfolgen wir eine proaktive Politik zur Förderung von Unternehmensegeist und Wettbewerbsfähigkeit; wir fördern Unternehmensgründer und -entwickler und bemühen uns, Direktinvestitionen einzuwerben und unsere Infrastrukturen zu verbessern. Diese Regionalentwicklungsprogramme werden durch Fördermaßnahmen für die Landwirtschaft, die ländliche Entwicklung, den Schutz des kulturellen Erbes sowie durch Raumordnungs- und Umweltschutzmaßnahmen ergänzt.

Welche Hoffnungen weckt die Aussicht auf den Beitritt zur Europäischen Union in Ihrem Land?

Mit dem Beitritt zur Europäischen Union wird sich der Horizont der slowenischen Unternehmen erheblich erweitern. Ob wir diese Chancen zu nutzen verstehen, wird natürlich von uns selbst abhängen. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir uns auf den Wettbewerbsdruck vorbereiten, der auf dem einheitlichen Binnenmarkt herrscht. Dieser Prozess ist bereits weit fortgeschritten, nicht zuletzt dank der beitragsvorbereitenden Fördermaßnahmen der Union.

Was die Regionalpolitik angeht, so hoffen wir auf eine faire Behandlung durch die

strukturpolitischen Maßnahmen der EU. Wir wollen nicht anders behandelt werden als EU-Mitgliedstaaten auf einem vergleichbaren Niveau der ökonomischen Leistungsfähigkeit, d. h. etwa Portugal und Griechenland. Nur so können wir hoffen, bei der Verfolgung unseres regionalpolitischen Ziels der ausgewogenen Entwicklung und bei unseren Bemühungen um Verringerung des Abstands zum EU-Durchschnitt angemessen unterstützt zu werden.

Welche besonders schwierigen Fragen müssen bei den Beitrittsverhandlungen noch gelöst werden?

Bis heute (Anm. der Red.: September 2002) hat Slowenien 28 Kapitel vorläufig abgeschlossen (.). Weitere Diskussionen sind noch in den Bereichen Landwirtschaft und Haushalt nötig. Im Landwirtschaftsbereich geht es im Kern um die Festlegung von Quoten und den Zugang der slowenischen Landwirte zu Direktbeihilfen. Beim Haushalt dagegen geht es um den Beitrag Sloweniens zum Gesamthaushalt der EU sowie um seine Position als Nettozahler. Außerdem sind wir im Interesse einer ausgewogenen Regionalentwicklung fest entschlossen, nach dem Beitritt die Diskussionen mit der Kommission über eine Revision der slowenischen NUTS fortzusetzen, um vor Ende 2006 zu einer günstigeren Gebietseinteilung zu gelangen.

Was kann Slowenien zur Regionalpolitik der Europäischen Union beitragen, und wie können umgekehrt die Union und ihre Mitgliedstaaten ihrem Land helfen?

Die regionalpolitischen Maßnahmen der einzelnen Länder sind sehr verschiedenen; jedoch könnte das „slowenische Modell“ der polyzentrischen Entwicklung für solche Mitgliedstaaten von Interesse sein, die mit ähnlichen regionalpolitischen Problemen zu tun haben wie wir. Wir sind der – mittlerweile auch empirisch erhärteten – Auffassung, dass die geografische Konzentration der Wirtschaftsaktivitäten leicht zu einer Überlastung der Infrastruktur, zu Arbeitslosigkeit in den Randgebieten und zu Preisexplosionen auf dem Immobilienmarkt der Kerngebiete führen kann. Umgekehrt können die in den Mitgliedstaaten der Union bereits erprobten „bewährten Verfahren“ der regionalen Entwicklung sich für uns als äußerst nützlich erweisen, wenn es darum geht, unsere eigenen regionalpolitischen Strategien auszuarbeiten.

(¹) Anm. d. Red.: Die Beitrittsverhandlungen zur EU umfassen 31 Kapitel.

Porträt einer Region

Das Burgenland (Österreich) Tor zu Osteuropa

Nach der Erweiterung der Europäischen Union wird das Burgenland nicht länger an der Ostgrenze des Unionsgebiets liegen. Was einst ein Entwicklungshemmnis war, wird morgen eine Stärke sein.

Das Burgenland liegt im äußersten Osten Österreichs, an den Grenzen zur Slowakei, zu Ungarn und Slowenien. Das ausgedehnte Steppengebiet rund um den Neusiedler See gibt ihm seinen einzigartigen Charakter. Bevor sie im Jahr 1921 österreichisch wurde, gehörte die Region zu Ungarn. In der gesamten Region gibt es keine einzige Großstadt.

Jahrzehntelang war die Entwicklung des Burgenlands durch seine Lage unmittelbar am Eisernen Vorhang behindert. Zwar konnte die Region in den letzten Jahren Wachstumsraten über dem österreichischen Mittel verzeichnen, doch liegt ihr BIP nach wie vor weit unter dem Bundesdurchschnitt.

Die Entwicklung des östlichsten Bundeslands Österreichs weist außerdem große intraregionale Disparitäten auf. Im Norden haben in der Nähe der Landeshauptstadt Eisenstadt (11 000 Einw.) zahlreiche KMU, aber auch einige industrielle Großbetriebe mehrere Gemeinschaftseinrichtungen gegründet, z. B. den Industriepark Siegendorf, den Geschäftspark Müllendorf oder das Technologiezentrum Eisenstadt (*siehe Kasten*). Rund um den Neusiedler See liegt das größte zusammenhängende Weinbaugebiet Österreichs und sein wichtigstes Tourismusgebiet („Seewinkel“). Im Gegensatz dazu

beruht im Zentrum der Region die Wirtschaft primär auf Landwirtschaft, wohingegen der Süden mit seinen zahlreichen Mineralquellen und Heilbädern einen wichtigen Platz in der Thermalbäderregion Burgenland-Steyr einnimmt.

Mehr als 11 % der Erwerbsbevölkerung sind in Land- und Forstwirtschaft beschäftigt, die für sich allein fast 8 % der regionalen Wertschöpfung erwirtschaften; dieser Anteil liegt weit über dem Bundesdurchschnitt. In der verarbeitenden Industrie sind Metallurgie, Lebensmittel-, Leder- und Textilindustrie die wichtigsten Branchen. Schließlich spielen Bauhandwerk und Bergwerksbetriebe eine wichtige Rolle in der regionalen Ökonomie. Der Dienstleistungssektor seinerseits verzeichnet ein stetiges Wachstum. Er macht über 60 % der regionalen Wirtschaftsaktivität aus und veranschaulicht damit auch die Bedeutung des öffentlichen Sektors in der Region.

Da die wichtigsten internationalen Verkehrsverbindungen nach Ungarn durch das Burgenland verlaufen, will das Bundesland sich als „Tor zu Osteuropa“ und Drehscheibe der ost-westlichen Wirtschaftsbeziehungen profilieren. Aus diesem Grund hält das Burgenland zahlreiche Angebote für Unternehmen bereit, die in Osteuropa tätig werden wollen. In dieser

Hinsicht hat die Gründung des grenzüberschreitenden Finanzdienstleistungszentrums Heiligenkreuz-Szentgotthard neue Perspektiven eröffnet.

Das Ziel-1-Programm verfolgt drei große Ziele: Das Burgenland zu einer modernen mitteleuropäischen Region zu machen, es auf die Osterweiterung der Union vorzubereiten und die Gewichte zwischen seinen Teilregionen neu auszubalancieren. Das setzt eine Steigerung der ökonomischen Leistungsfähigkeit der Region und der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen voraus. Daher liegt das Schwergewicht auf Innovation, Technologietransfer und Vernetzung der Unternehmen.

Ansprechpartner:

*Amt der Burgenländischen
Landesregierung
EU-Verwaltungsbehörde
Landesamtsdirektion
Europaplatz 1
A-7000 Eisenstadt
Tel. (43-2682) 600-2992
Fax (43-2682) 600-2994
E-Mail:
post.verwaltungsbehoerde@bgld.gv.at
Internet: www.rmb.at/
Mehr Informationen über das
Burgenland und die Europäische Union:
[www.burgenland.at/default.asp?
SAULEID=6&SAEULENHOME=00
272642020028759558](http://www.burgenland.at/default.asp?SAULEID=6&SAEULENHOME=00272642020028759558)*

Fläche

3 966 km²

Bevölkerung

278 600 Einw.

Bevölkerungsdichte:
70 Einw./km²
(EU-15: 118 Einw./km²)

Wirtschaft

und Beschäftigung

BIP pro Kopf/KKS (1999):
71,4 (EU-15: 100)

Arbeitslosenquote (2001):
8,2 % (EU-15: 7,4 %)

Strukturfonds (2000-2006)

Ziel 1

EU	Andere öffentliche Mittel	Private Mittel	Gesamt
271 Mio. EUR	98,57 Mio. EUR	494,32 Mio. EUR	863,90 Mio. EUR

Hightech im Burgenland

Dank der europäischen Beihilfen wandelt das Burgenland sich zu einer Hightech-Region.

Das am Ostrand Österreichs gelegene Burgenland war bisher mehr für seine Weine als für seine Spitzentechnologien bekannt. Dank des Ziel-1-Programms hat die Region sich jedoch mit allernmodernsten Technologien vertraut machen können.

Das „Technologiezentrum Eisenstadt (TZE)“ wurde mit einer EU-Beteiligung in Höhe von 7,2 Mio. EUR gebaut. Hier haben sich internationale Unternehmen, KMU und Start-ups aus dem Bereich Informationstechnologie angesiedelt.

Das TZE bietet modernste Bürogebäude, die mit allen für den Einsatz fortgeschrittener Kommunikationstechnologien nötigen EDV-technischen und Datenübertragungsinfrastrukturen ausgestattet sind. Dazu kommen diverse Gemeinschaftseinrichtungen, wie z. B. Konferenzräume mit Videokonferenzenanlagen.

Die Entscheidung für Eisenstadt fiel aufgrund einer Reihe von Faktoren: Mit 450 000 Einwohnern in einem Umkreis

von 45 km um die Stadt und 75 000 Berufstätigen in Industrie und Gewerbe bot die Landeshauptstadt des Burgenlandes die besten Voraussetzungen für die Ansiedlung des Projekts.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Seit der TZE-Gründung im Jahr 1997 hat das Umland von Eisenstadt ein durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum von 3,6 % erreicht; in dieser Zeit wurden 5 200 neue Arbeitsplätze geschaffen. Was das Bundesland Burgenland insgesamt angeht, so ist festzustellen, dass seine Wettbewerbsfähigkeit sich durch die Gründung des TZE deutlich verbessert hat; gleichzeitig wurden neue Ausbildungsangebote und langfristige Arbeitsplätze geschaffen. Dass diese Entwicklung weitergeht, zeigt die Tatsache, dass der Fachhochschul-Studiengang „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“ seine Umsiedlung ins TZE vorbereitet.

Der Erfolg des TZE hat dazu geführt, dass andere Gemeinden des

Burgenlandes mit vier weiteren, nach demselben Modell strukturierten Technologiezentren mit Schwerpunkten wie erneuerbare Energien (Güssing) oder Optoelektronik (Jennersdorf) nachgezogen haben.

Ansprechpartner:

*Ernst Horvath
TZE, Technologie Zentrum Eisenstadt
GmbH
Marktstraße 3
A-7000 Eisenstadt
Tel. (43-2682) 70 40
Fax (43-2682) 70 491
Internet: <http://www.tze.at/>*



Ziel 1 im Burgenland: Kleine Projekte machen von sich reden

Außer strukturbestimmenden Großprojekten kofinanziert das Ziel-1-Programm Burgenland auch kleine lokale Projekte in ausgewählten Sektoren. Einige Beispiele:

- **Forschung und Entwicklung**
Der auf audiovisuelle Systeme spezialisierten Firma „Sunamic Visualisierung und Netzwerk GmbH“ wurde für die Entwicklung eines LED-Video-Displays mit verbessertem Farbkontrast für Freilichtvorführungen ein Zuschuss aus dem Ziel-1-Programm gewährt.
- **Betriebliche Ausbildung**
Mehrere Eisenstädter Informatik-Betriebe haben einen zweijährigen Ausbildungsgang mit anerkanntem Abschluss eingerichtet, der nach dem Prinzip „learning by doing“ funktioniert.

- **Soziale Eingliederung**
Im Südtail des Burgenlandes bietet der Verein Bungis Berufsbildungsprogramme für Behinderte und Langzeitarbeitslose an.
- **Lokaltypische Produkte**
Die Landwirtinnen der „Bauernmarktgruppe Bad Tatzmannsdorf“ werden dank eines Zuschusses aus dem Ziel-1-Programm ihren Bauernladen auf den Hauptplatz des Ortes verlegen können.
- **Fruchtsäfte**
In Stegersbach wurde ein Logistikzentrum mit den für Lagerung,

Verpackung und Etikettierung von Fruchtsäften erforderlichen Anlagen gebaut.

- **Thermenheuriger**
Dank einer Beihilfe aus dem Ziel-1-Programm hat ein Gastwirt seinen Traum verwirklicht, sein eigenes Restaurant in der Nähe einer Thermalquelle zu eröffnen. Auch andere Projekte von Kleinstunternehmen stehen in Verbindung mit dem Heilbäderwesen, das einen für die regionale Wirtschaft strategisch wichtigen Sektor darstellt.

Der neue „Solidaritätsfonds der Europäischen Union“

Als Reaktion auf die Überschwemmungen des Sommers 2002, die weite Landstriche verwüstet haben, hat die Europäische Kommission die Gründung eines neuen Solidaritätsfonds vorgeschlagen, um künftig schneller auf derartige Naturkatastrophen reagieren zu können.

Mitte August 2002 wurde Mitteleuropa von den schwersten Überschwemmungen seit Jahrzehnten heimgesucht, die über 100 Todesopfer forderten und an Infrastrukturen und Wohnhäusern Schäden in Milliardenhöhe verursachten. Die Aufräum- und Wiederaufbauarbeiten werden Monate, wenn nicht Jahre in Anspruch nehmen.

In Mitteleuropa wurden Deutschland, Österreich, die Tschechische Republik und die Slowakei am schwersten geschädigt. Besonders hart betroffen war das Bundesland Sachsen, wo die Uferbefestigungen der Elbe den reißenden Gewässern nicht standhielten, so dass in Dresden die historischen Schlösser und andere Bauwerke überflutet wurden. Wie auch in anderen sächsischen Städten mussten zehntausende Anwohner evakuiert werden.

Im österreichischen Krems mussten tausende Menschen sich in die oberen Stockwerke ihrer Häuser flüchten, um sich vor den tobenden Donauwassern in Sicherheit zu bringen. In der Tschechischen Republik, wo es jahrhundertlang keine

derartigen Überschwemmungen gegeben hatte, mussten 40 000 Prager Bürger in Notunterkünfte einquartiert werden. Auch die Slowakei wurde durch Stromausfälle in der Landeshauptstadt Pressburg und schwere Schäden an Straßen und anderen Verkehrsinfrastrukturen in Mitleidenschaft gezogen.

Ein neuer europäischer Solidaritätsfonds

Die Europäische Kommission reagierte schnell und brachte ihre Solidarität mit den Opfern zum Ausdruck, indem sie auf ihrer Sitzung vom 28. August ein Maßnahmenbündel für die betroffenen Gebiete ankündigte, darunter auch Übertragungen und Umwidmungen von Strukturfondsmitteln. Da es bislang keinen Haushaltstitel für Reaktionen auf derartige Katastrophen im EU-Gebiet gibt, hat die Kommission außerdem vorgeschlagen, einen neuen Hilfsfonds für Katastrophenfälle einzurichten.

Nationalpark Donau-Auen (Österreich):
Wiederbelebung der toten Flussarme der Donau, um Überschwemmungen vorzubeugen



Am 18. September verabschiedete die Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung des Rates, die die Durchführungsbestimmungen für diesen neuen „Solidaritätsfonds der Europäischen Union“ regeln soll. Um im Fall schwerer Katastrophen den betroffenen Regionen schnell helfen zu können, soll der neue Fonds von den Strukturfonds getrennt werden.

Die bereitgestellten Mittel können bei Bedarf von den Mitgliedstaaten der Union und von Bewerberländern in Anspruch genommen werden, mit denen bereits Beitrittsverhandlungen geführt werden.

Der Fonds ist auf finanzielle Soforthilfe ausgerichtet, um den betroffenen Menschen, Regionen und Ländern eine möglichst rasche Rückkehr zu normalen Lebensbedingungen zu ermöglichen. Er beschränkt sich daher auf die allerdingendsten Bedürfnisse. Der längerfristige Wiederaufbau von Infrastruktur und Wirtschaft bleibt anderen Strukturinstrumenten überlassen. Die EU-Hilfe soll die Bemühungen der betroffenen Länder ergänzen.

Die Hilfe aus dem Fonds dient

- dem kurzfristigen Wiederaufbau zerstörter Infrastruktur in Bereichen wie Energieversorgung, Wasserwirtschaft, Kommunikation, Verkehr, Gesundheit und Bildung,

- der Bereitstellung von Notunterkünften und Hilfsdiensten für die unmittelbaren Bedürfnisse der Bevölkerung,
- der Sicherung von Schutzvorrichtungen wie z. B. Deichen,
- der Säuberung geschädigter Landschaftsgebiete.

Die Mittel aus dem Fonds sollen auf Antrag des betroffenen Staates auf der Grundlage einer Vereinbarung mit der Europäischen Kommission gewährt werden können. Für die Umsetzung der Hilfe, insbesondere die Auswahl der einzelnen Projekte, werden die betroffenen Länder und Regionen selbst verantwortlich sein.

Sofern der Rat und das Europäische Parlament dem Vorschlag zustimmen, kann er im November 2002 in Kraft treten.

Bei der Vorstellung des Textes unterstrich der für Regionalpolitik verantwortliche Kommissar Michel Barnier, der auch für diesen Fonds zuständig sein wird, dass zwar „der Solidaritätsfonds der Europäischen Union Soforthilfen ermöglicht, dass jedoch in erster Linie Prävention und Risikomanagement sowie überregionale und internationale Zusammenarbeit verbessert werden müssen“. Michel Barnier kündigte weiter an, dass die Gefahrenprävention eine Priorität der künftigen Regionalpolitik sein werde.

Weitere Informationen auf:

http://europa.eu.int/comm/regional_policy/index_de.htm

IRMA beugt Hochwassergefahren an Rhein und Maas vor

Im Rahmen von Interreg II C hat die Union 153 Projekte zur Gefahrenprävention in den Flussniederungen von Rhein und Maas kofinanziert.

1993 und 1995 traten der Rhein und die Maas in einem Zeitraum von nur 13 Monaten gleich zweimal über ihre Ufer und verursachten gewaltige Überschwemmungen. Das gab den Anstoß für das transnationale Präventionsprogramm IRMA („Interreg Rhin-Meuse Activités“), das im Jahr 1997 anlief und im Rahmen von Interreg II C vom EFRE finanziert wurde. Um zur Zusammenarbeit und Entwicklung eines integrierten Ansatzes zur Bewältigung der Überschwemmungsprobleme anzuregen, fördert IRMA den Erfahrungsaustausch zwischen den Ländern, die von den Einzugsgebieten von Rhein und Maas durchquert werden: die Niederlande, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Deutschland und die Schweiz. Dank seines Budgets in Höhe von 419 Mio. EUR,

das zu einem Drittel von der Europäischen Union aufgebracht wird, hat IRMA 153 Projekte finanzieren können, die sich mit drei Schwerpunktthemen befassen: Raumordnung, Wasserbewirtschaftung und Maßnahmen zur Verhütung von Überschwemmungsschäden.

Ansprechpartner:

Sekretariat des Programms IRMA

Postbus 30940 IPC 365

2500 GX Den Haag

Niederlande

Tel. (31-70) 339 51 19

Fax (31-70) 339 12 13

E-Mail: irma@minvrom.nl

Internet: www.irma-programme.org

Andalusien gegen die Ungleichheit in der Informationsgesellschaft Das Internet soll für alle da sein

Im Rahmen der innovativen Aktionen des EFRE legt die Regierung der Region Andalusien (Spanien) das Programm „Guadalinfo“ auf. Sein Ziel: Allen Bürgern – auch in den abgelegenen kleinen Gemeinden – einen Breitbandzugang zum Internet zu eröffnen. Im Erprobungsstadium werden 25 öffentliche Internet-Zentren eingerichtet, gleichsam als Brückenköpfe an der Front gegen die Ungleichheit in der Informationsgesellschaft.



Guadalinfo – ein schönerer Name hätte sich kaum finden lassen. Das arabische Wort „Guada“ (Wadi) bedeutet „Fluss“. Der Name erinnert daran, dass Spaniens südlichste Region jahrhundertlang von der islamischen Kultur befruchtet wurde; noch heute sind ihre Spuren überall sichtbar. „Guada“ steht als Metapher für Informationsquellen und -flüsse; der Name soll daran erinnern, dass nicht alle gleichen Zugang zum „kostbaren Nass“ der Information haben.

Zwar kann Andalusien auf eine relativ hohe Zahl von Internet-Nutzern verweisen (22,8 % der Bevölkerung, knapp über dem landesweiten Mittelwert von 21,2 %). Aber diese Zahlen verbergen schwerwiegende Ungleichheiten, besonders im Hinblick auf Breitbandzugang zum Internet. Zwischen den städtischen Zentren und den kleinen Gemeinden in abgelegenen und benachteiligten ländlichen oder bergigen Gebieten mit niedriger Siedlungsdichte und schwacher Kaufkraft klafft eine tiefe Lücke, da die privaten Telekommunikationsbetreiber wegen mangelnder Rentabilität vor Investitionen in diesen Landstrichen

zurückschrecken. Eine Zahl spricht Bände: Derzeit sind nur Städte mit mehr als 65 000 Einwohnern verkabelt (das Kabel ist einer der Kanäle für das „Breitband“) und es gibt keine Anzeichen für baldige Änderungen. Wenn man auf den Markt warten wollte, würden die Dörfer mit 5 000 oder weniger Einwohnern erst in 20 Jahren verkabelt.

Der Graben zwischen den großen Städten und den kleinen Gemeinden ist heute schon tief, und er wird zusehends tiefer. Damit entsteht eine neue spezifisch „informationsgesellschaftliche“ Form der Ungleichheit. Da heute der Zugang zu Bildung, Arbeit und Dienstleistungen mehr und mehr vom Internet abhängt, zieht fehlender Zugang zum Breitband-Internet einen wahren Rattenschwanz aus Benachteiligungen nach sich. In den Worten von Juan Carlos Alarcon, der bei der andalusischen Regierung als Generalsekretär für die Entwicklung der Informationsgesellschaft zuständig ist: „Kein Internet-Anschluss, das heißt auch soziale Ausgrenzung. Aber auch Innovation und Wirtschaft werden behindert.“

25 Zentren

Folglich war eine groß angelegte öffentlichen Initiative nötig, um allen Einwohnern Andalusiens Zugang zum Breitband-Internet zu verschaffen. Genau das ist das Ziel des Programms Guadalinfo, das im Rahmen der innovativen Aktionen des EFRE durchgeführt wird. Die Grundidee von Guadalinfo besteht darin, in 25 besonders benachteiligten kleinen Gemeinden öffentliche Zentren mit Breitband-Internet-Anschlüssen einzurichten. Dank ihrer Entschlossenheit hat die andalusische Regierung die privaten Telekommunikationsbetreiber überzeugen können, die Investitionen zu tätigen, die für den Anschluss dieser Gebiete an das schnelle und billige Internet nötig sind.

Die 25 Pilotzentren werden sich nicht damit begnügen, diese Orte mit Hardware auszustatten und ans Netz zu bringen, sondern sollen auch als Pioniere einer integrierten lokalen Entwicklung aktiv werden.

Platz für Innovationen!

An diese Pilotzentren sollen verschiedene Projekte angedockt werden. Da ist zunächst die „geografische Information“. Auf dem Internet sollen Online-Dienstleistungen für die Bevölkerung eingerichtet werden, die zunächst spezielle lokale Bedürfnisse abdecken werden. Dabei kann es sich z. B. um detaillierte Straßenkarten der Dörfer handeln, um Listen der Notdienst-Apotheken oder um die Sprechstunden der Landärzte. Diese „Mikro-Informationen“ werden der Bevölkerung nützlich sein. Mit ihrem Management könnten sich neue Kleinunternehmen befassen, so dass zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen würden: die Verbesserung des Sozialwesens und die Stimulierung der wirtschaftlichen Aktivität.

Ein anderes Projekt, das von den öffentlichen Zentren betrieben werden kann: die Unterstützung von Fernfortbildungsmaßnahmen für benachteiligte Gruppen wie Jugendliche, Arbeitslose, Frauen. Unternehmen, die in der Lage sind, entsprechende Angebote („eLearning“) auf die speziellen Bedürfnisse der Adressaten zuzuschneiden, sollen finanziell unterstützt werden.

Der Programmtitel „ASP“ (Application Service Provider) zielt auf eine anders geartete Dienstleistung. In den kleinen Orten müssen viele Kleinstunternehmen ohne wesentliche Ressourcen wie professionelle Buchhaltung oder Verkaufsförderung auskommen. Auch in diesen Fällen kann Internet das Problem lösen, vorausgesetzt, dass die fraglichen Kleinstbetriebe sich zusammenschließen, um eine ausreichende ASP-Nachfrage zu generieren.

Schließlich wird Guadalinfo die Gründung von „virtuellen Gemeinschaften“ fördern, die sich auf die Kooperation von mehreren Pilotzentren stützen werden. Diese Gemeinschaften werden zwischen den abgelegenen Orten Andalusiens Informationen zu Themen von gemeinsamem Interesse austauschen, wie etwa Lebensmittelsammlungen für die Dritte Welt, Sammlung und Inventarisierung von Volksliedern oder – warum nicht auch? – die Hasenjagd im Gebirge ...

Leitziel Autonomie

Guadalinfo wird von der Regierung Andalusiens koordiniert und ist

Bestandteil des Aktionsplans „I@andalus“, der die strategischen Initiativen für die Entwicklung der Informationsgesellschaft umfasst. Die 25 Zentren werden zum Jahresende 2002 aufgrund einer öffentlichen Ausschreibung ausgewählt werden. Die innovative Aktion des EFRE wird bis Juni 2004 dauern, und die Zentren (die von gemeinnützigen öffentlichen oder privaten Trägern betrieben werden sollen) werden Zuschüsse erhalten, mit denen die Anfangsausstattung, die laufenden Kosten und die Dienste eines Unternehmensberaters finanziert werden. Nach zwei Jahren jedoch – das ist ein Auswahlkriterium – müssen sie autonom sein. Guadalinfo setzt in dieser Hinsicht auf die Dynamik der Vernetzung und auf Schneeballeffekte. Das Endziel besteht darin, bis zum Jahr 2004 die Mehrheit der Kommunen an das Breitband-Internet anzuschließen. Ob die digitale Information dann so lebhaft sprudeln wird wie das Wasser eines Bergbachs?

Ansprechpartner:

Andres Garcia Lorite
Direktor des Programms Guadalinfo
Consejería de la Presidencia,
Junta de Andalucía
Avenida de la Borbolla, nº 1
E-41071 Sevilla
Tel. (34) 955 00 10 68 (30 10 68)
Fax (34) 955 00 10 52 (30 10 52)
E-Mail:
andres.g.lorite@juntadeandalucia.es
Internet: www.guadalinfo.net

Zahlen und Fakten

• Andalusien

Mit 7 Millionen Einwohnern ist Andalusien die bevölkerungsreichste Region Spaniens. Außerdem ist sie mit 87 599 km² eine der größten Regionen Europas.

• eEurope 2005

Am 29. Mai 2002 verabschiedete die Kommission den Aktionsplan „eEurope 2005: eine Informationsgesellschaft für alle“.

http://europa.eu.int/information_society/eeurope/action_plan/index_en.htm

• Haushalt

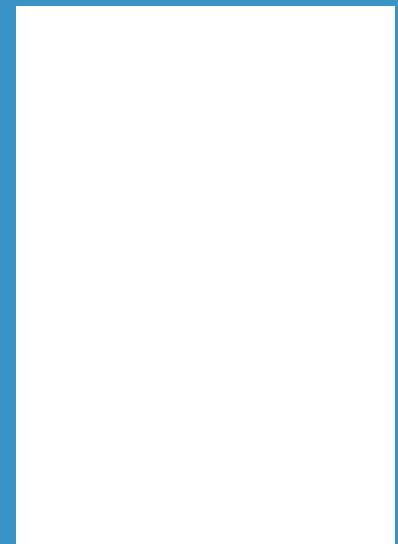
Das Budget von Guadalinfo (2002-2003) beläuft sich auf 5,85 Mio. EUR. Der EFRE trägt 2,94 Mio. EUR bei, die andalusische Regierung 1,33 Mio. EUR und der private Sektor 1,58 Mio. EUR.

Kooperation ohne Grenzen 33 beispielhafte Interreg-Projekte



Liegt in den elf Amtssprachen der Europäischen Union vor.

„Regionen leben auf – Erfolgsprojekte der Strukturfonds aus Österreich“



Eine Sammlung von 21 Projekten, die die EU in Österreich kofinanziert hat. Liegt auf DE, EN vor.

Online



<http://european-convention.eu.int/>

Der Europäische Konvent über die Zukunft der Europäischen Union bringt Vertreter der Regierungen, der nationalen Parlamente, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission zusammen, um für die Europäische Union einen institutionellen Rahmen und Strukturen vorzuschlagen, die den Entwicklungen in der Welt, den Erwartungen der Bürger und dem weiteren Ausbau der Europäischen Union gerecht werden. Die elfsprachige Website informiert über die Organisation des Konvents, den Tagungsplan, die Dokumente und Beiträge usw. und enthält einen Index. Außerdem gibt es eine Diskussionsecke für Internet-Nutzer und ein Online-Forum für Organisationen der Zivilgesellschaft.

www.newtowns.net

Diese Site ist den „neuen Städten“ gewidmet, die zumeist in den 70er Jahren gegründet wurden und eine ausgewogene territoriale Entwicklung begünstigen sollten. Der im April 2001 gegründeten Europäischen Plattform der Neuen Städte (ENTP) gehören heute Städte aus England, Finnland, Frankreich, den Niederlanden, Nordirland, Schottland, Schweden, Spanien und Wales an; alle neuen Städte Europas können sich ihr anschließen. Das Aktionsprogramm umfasst mehrere Interreg-III-Projekte und – mit Hilfe des Programms ASIA Urbs – den Austausch bewährter Verfahren mit den neuen Städten Asiens.



www.sustainableregions.net

Diese Site verfolgt die Absicht, Pfade zu einer nachhaltigen Regionalentwicklung zu erforschen und zu verbreiten, um es den Regionen zu ermöglichen, den Herausforderungen und Chancen der Globalisierung gerecht zu werden, ohne ihre sozioökonomischen Strukturen und ihre Umwelt zu gefährden. Die Site ist aus dem Experimentalprogramm TASK (Towards a Sustainable Knowledge Based Region) hervorgegangen, das im Rahmen der Innovativen Regionalen Aktionsprogramme mit Unterstützung der EU in Wales durchgeführt wurde. Die englischsprachige Site bietet sich als Instrument der Vernetzungsarbeit mit anderen europäischen Regionen an.

Ansprechpartner

Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik
Referat 01 Information und Kommunikation
Thierry Daman
Avenue de Tervuren 41, B-1040 Brüssel
Fax (32-2) 296 60 03
E-Mail: regio-info@cec.eu.int
http://europa.eu.int/comm/dgs/regional_policy/index_de.htm

Kommissar Michel Barnier
http://europa.eu.int/comm/commissioners/barnier/index_de.htm

Informationen über die Regionalpolitik der Europäischen Union
http://europa.eu.int/comm/regional_policy/index_de.htm

ISSN 0000-0000

© Europäische Gemeinschaften, 2002
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Printed in Belgium



AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN
DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

L-2985 Luxembourg